

Der britische Journalist Alan Hart ist davon überzeugt, dass nicht nur der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu beenden wäre, wenn Obama sich dazu aufraffen könnte, die Eigeninteressen der USA an die erste Stelle zu setzen.

Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 008/11 - 14.01.11

## **Wenn sich Obama zuerst um die Eigeninteressen der USA kümmern würde ...**

Von Alan Hart [www.alanhart.net](http://www.alanhart.net), 28.12.10

( <http://www.alanhart.net/if-obama-could-put-america%E2%80%99s-own-real-interests-first%E2%80%A6/> )

Mit der Überschrift meine ich nicht, dass er das auch tatsächlich tun wird. Wie die Dinge liegen, könnte er es überhaupt nicht - weil die zionistische Lobby und ihre Strohmannen im Kongress die US-Politik, wenn es um Israel oder die Palästinenser geht, fest in ihrem Würgegriff halten, und weil die Mainstream-Medien und viele staatliche Institutionen wie das Pentagon und die Geheimdienste es nicht zuließen. Ich will nur folgende Frage beantworten: Was könnte geschehen, wenn Präsident Obama tatsächlich imstande wäre, die Eigeninteressen der USA an die erste Stelle zu setzen?

Die Antwort muss mit einer Feststellung beginnen - die von Mearsheimer (s. [http://en.wikipedia.org/wiki/John\\_Mearsheimer](http://en.wikipedia.org/wiki/John_Mearsheimer) ), Walt (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Stephen\\_Walt](http://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_Walt) ) und einer wachsenden Anzahl weiterer angesehener und einflussreicher Personen geteilt wird: Die vorbehaltlose Unterstützung des zionistischen Staates Israel - unabhängig davon, ob er im Recht oder im Unrecht ist - kann nicht den Eigeninteressen der USA dienen, weil diese Unterstützung zu den Hauptursachen des Leidens und der Erniedrigung der Araber und anderer Muslime gehört und die Flut des Antiamerikanismus ständig weiter ansteigen lässt. Damit hängt eine weitere Tatsache zusammen. Die USA können es sich eigentlich nicht leisten, 1,5 Milliarden Muslime - fast ein Viertel der Menschheit - als Feinde zu haben. Die meisten Muslime hassen weder die USA noch die US-Amerikaner. Sie hassen nur die unterschiedlichen Maßstäbe, die in der Außenpolitik der USA und aller anderen westlichen Staaten gelten, und zwar besonders bei deren Weigerung, Israel für seine Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Um auf die eigentliche Ursache des Antiamerikanismus aus arabischer Sicht hinzuweisen, habe ich diesen Gedanken bereits in der Einleitung meines Buches "The False Messiah" (Der falsche Messias), dem ersten Band der amerikanischen Ausgabe meines Buches "Zionism: The Real Enemy of the Jews" (Zionismus: Der eigentliche Feind der Juden, s. [www.claritypress.com](http://www.claritypress.com) ) ausgeführt.

Wenn es einem US-Präsidenten möglich wäre, Israel durch einen Wink mit einem magischen Zauberstab wieder auf die Grenzen zu reduzieren, die am Vorabend des Sechstagekrieges im Jahr 1967 (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Sechstagekrieg> ) galten, und aus (der West Bank und dem Gaza-Streifen,) den Gebieten, die den Palästinensern (nach den von 1948 bis 1967 vorgenommenen israelischen Annexionen noch) verblieben waren (s. Kartenskizzen auf S. 2) - aus denen sich Israel außerdem, wie es die UN-Resolution 242 vom 22. November 1967 (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution\\_242\\_des\\_UN-Sicherheitsrates](http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_242_des_UN-Sicherheitsrates) ) fordert, längst hätte zurückziehen müssen - einen palästinensischen Staat zu schaffen und Jerusalem zu einer offenen, ungeteilten Hauptstadt zweier selbständiger (Entnommen aus <http://sabbah.biz/mt/archives/2007/05/31/faq-on-the-1967-war/> Staaten zu machen, erhielten die USA schlagartig den Respekt, die Freundschaft und die Unterstützung von nicht weniger als 95 Prozent aller Araber und sehr wahrscheinlich auch aller anderen Muslime zurück. Und wenn der US-Präsident zusätzlich die arabischen Regime dazu veranlassen könnte, ihre Staaten

endlich zu demokratisieren, dann wären die USA bei den arabischen Völkern der beliebteste Staat, den alle aufrichtig bewundern würden, wie damals, als Präsident Woodrow Wilson noch Herr im Weißen Haus war.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, dass ich diesen Gedanken, nachdem ich ihn aufgeschrieben hatte, immer wieder vor vielen arabischen oder muslimischen Zuhörern anderer Herkunft in Großbritannien, in den USA, in Kanada und sogar in Indien vorgetragen habe. Wenn ich anschließend gefragt habe, ob es richtig sei, zu glauben, dass ein US-Präsident, der den Palästinensern Gerechtigkeit widerfahren ließe, den Respekt, die Freundschaft und die Unterstützung fast aller Araber und anderer Muslime gewinnen werde, erhielt ich nur zustimmende Antworten. Meine angenommene Zustimmungsrate von 95 Prozent dürfte deshalb noch untertrieben sein.

Aber seit ich diese Antworten erhalten habe, ist ja alles noch viel schlimmer geworden. Mit seiner feigen Kapitulation vor Netanjahu und der zionistischen Lobby hat Obama nicht nur erneut die Aufmerksamkeit der Welt auf die Komplizenschaft der USA bei den Völkerrechtsverletzungen Israels gelenkt, mit seinen gezielten Drohnen-Morden in Afghanistan und in Teilen Pakistans übertrifft er sogar noch seinen Vorgänger George "Dubya" Bush. Die Zahl der getöteten unbeteiligten Zivilisten steigt ständig. Obama ist zum erfolgreichsten Rekrutenwerber gewaltbereiter Islamisten in diesem Teil der Welt geworden.

Was zur Zeit in Afghanistan und Pakistan - und natürlich auch noch im Irak - geschieht, lässt vermuten, dass eine Lösung des Konfliktes zwischen Israelis und Palästinensern zu Bedingungen, die für die überwiegende Mehrheit der Palästinenser, der anderen Araber und der sonstigen Muslime akzeptabel wären, nicht mehr ausreichen würde, um das Feuer des Antiamerikanismus ganz zu löschen, sie würde aber wenigstens die Voraussetzungen dafür verbessern.

Es gibt tatsächlich genügend Feuerwehrmänner, die nur darauf warten, Obama - oder seinem Nachfolger - beim Löschen helfen zu dürfen. Es sind die politischen Führer des Irans, der Hisbollah, der Hamas und der Taliban. Obama würde den eigentlichen Interessen der USA am besten dienen, wenn er - oder sein Nachfolger - sich ernsthaft mit diesen Führern auseinandersetzen und endlich auf deren Sorgen und Ängste eingehen würde.

Es gibt es keinerlei Beweise für die Behauptung der Zionisten, die zerstrittenen iranischen Mullahs hätten die Absicht, Atomwaffen zu entwickeln, es wäre aber keine Überraschung, wenn eine iranische Gruppierung wie die Revolutionäre Garde versuchen würde, sich zum Zweck der Abschreckung Atomwaffen zu verschaffen.

Was sich die Führer des Irans, der Hisbollah, der Hamas und der Taliban am meisten wünschen, ist ein Ende des Strebens der USA nach Vorherrschaft - das man auch Imperialismus nennen könnte - und ein Ende der Arroganz, der Bevormundung, der Einmischung, des Mordens und Verstümmelns und der Zerstörung, die damit verbunden sind.

Die Position der Palästinenser zu Israel ist - entgegen zionistischer Behauptungen - längst klar. Die Hamas hat ausdrücklich erklärt, dass sie das Existenzrecht Israels zwar nicht formell anerkennen wird, in der Praxis aber dazu bereit ist, die Existenz Israels in den Grenzen vor dem Sechstagekrieg 1967 hinzunehmen und in Frieden mit den Israelis zu leben. Und obwohl sie es nicht offen sagen, haben sich auch der Iran und die Hisbollah längst auf eine gemeinsame pragmatische Position verständigt. Sie werden, wenn auch ungern, alles akzeptieren, was die Palästinenser akzeptieren.

Ein US-Präsident, der sich frei dafür entscheiden könnte, die eigentlichen Interessen seines Landes und seines Volkes an die erste Stelle zu setzen, würde jetzt konstruktiven Gesprächen mit den "Feinden" höchste Priorität einräumen. Mit Unterstützung der Führer des Irans, der Hisbollah und der Hamas, könnte Obama - vielleicht auf die Gefahr hin, ermordet zu werden - einen ganz neuen

Mittleren Osten schaffen, in dem Gerechtigkeit für die Palästinenser und Frieden und Sicherheit für alle gedeihen könnten. Ich bin sicher, dass sich auch die meisten Bürger westlicher Staaten die Zeiten zurückwünschen, in denen sie noch auf einem Flughafen einchecken konnten, ohne wie potenzielle Terroristen behandelt zu werden.

Es ist natürlich wahr, dass es in den USA unter Juden und Nichtjuden mächtige und alteingesessene Interessengruppen gibt, die tatsächlich meinen, die vorbehaltlose Unterstützung Israels, unabhängig davon, ob es im Recht oder im Unrecht ist, sei im ureigensten Interesse der USA. Weil sie nicht völlig bescheuert sind, wissen sie aber auch, dass diese Politik ihren Preis hat. Man muss annehmen, dass sie auch den Blutzoll der US-Soldaten und die von den USA aufzubringenden Milliarden für gerechtfertigt halten. Hoffentlich ist es bald so weit, dass ihnen genügend US-Amerikaner sagen: "Hört auf mit diesem Wahnsinn! Ihr irrt euch, der Preis, den wir dafür zahlen müssen, ist zu hoch."

Für die Neoliberalen und ihre Anhänger, die darauf bestehen, Israel uneingeschränkt zu unterstützen, gleichgültig ob es im Recht oder im Unrecht ist, und die damit noch die letzten Reste der "US-Demokratie" zerstören, habe ich eine Neujahrsbotschaft. Zieht endlich die Lehren aus dem kostspieligen und katastrophalen Vietnam-Abenteuer der USA! Es ist gleichgültig, wie stark euer Militär ist, Ideen sind nicht mit Kugeln und Bomben auszurotten, besonders dann nicht, wenn sie aus dem Streben nach Selbstbestimmung und Gerechtigkeit, nach Menschenrechten und politischen Rechten erwachsen.

Ich erwarte nicht, dass Zionisten lernfähig sind, sie sind wahrscheinlich schon so (uneinsichtig) geboren worden. Aber eines Tages werden die meisten, wenn nicht alle anderen US-Amerikaner ihre Lektion lernen müssen - ob sie wollen oder nicht.

#### Fußnote

Als sehr junger Korrespondent war ich für Independent Television Network / ITN (für das Unabhängige Fernsehnetzwerk, s. <http://www.itn.lk/>) in Vietnam. Als ich dort erfuhr, dass die USA pro Minute sechs Millionen Dollar für einen Krieg ausgaben, den sie nicht gewinnen konnten und den sie nicht hätten anfangen sollen, begann ich mich zu fragen, warum die Welt so ist, wie sie ist. Einige Jahre später wurde die Einsicht, dass die USA den Krieg in Vietnam nicht gewinnen konnten, von Senator Barry Goldwater in einem Privatgespräch mit mir in Frage gestellt. 1964 wurde der in Arizona fünfmal zum Senator gewählte Goldwater Präsidentschaftskandidat der Republikaner. Er schaffte es aber nicht ins Weiße Haus, wohl auch deshalb, weil der amtierende Präsident Johnson ihn als Extremisten abstempelte, der die USA in einen Atomkrieg stürzen könnte. Als ich Goldwater für die Sendung Panorama der BBC interviewte, sagte er mir in seinem Büro im US-Senat: "Wir hätten den Krieg in Vietnam gewinnen können. Wir hätten Nordvietnam nur mit Atombomben angreifen müssen. Warum geben wir so viel Geld für die Entwickeln von Atomwaffen aus, wenn wir nicht dazu bereit sind, sie auch einzusetzen?" Ich kann mir vorstellen, dass einige der neokonservativen Hohlköpfe, wenn es um den Iran und Nordkorea geht, heute den gleichen Gedanken haben. Und ich möchte daran erinnern, dass auch der erste Präsident Bush, als er bei seinem zweiten Anlauf auf die Präsidentschaft scheiterte - wahrscheinlich, weil er die zionistische Lobby mit seinen ernsthaften Bemühungen um einen Frieden im Mittleren Osten verärgert hatte - von einem "gewinnbaren Atomkrieg" träumte.

(Wir haben den Artikel mit der besorgniserregenden Fußnote komplett übersetzt und mit einem Hinweis und Links in Klammern versehen. Informationen über den Autor Alan Hart sind aufzurufen unter <http://www.alanhart.net/about-alan-hart/>. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern



